

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

28. Oktober 1952

✓ 561/J

A n f r a g e

der Abg. O l a h, H o r n, H o l z f e i n d, V o i t h o f e r und Genossen

an den Bundeskanzler,

betreffend materielle Anerkennung für Opfer der Pflichterfüllung im öffentlichen Dienst und Übernahme der Versorgung durch die Bundesregierung für Angehörige des Opfers, für welche die gesetzliche Unterhaltspflicht besteht.

-.--.-.-

Das Rechtsempfinden der Bevölkerung wird auf das schwerste beleidigt, wenn Fälle bekannt werden, die zeigen, wie die Opfer hingebungsvollster Pflichterfüllung im Dienste des Allgemeinwohles zwar mit schönen Reden, aber materiell gesehen recht schäbig abgefertigt werden. Eine solcherart, allzu häufig bewiesene Engherzigkeit in der Behandlungsweise von öffentlich Angestellten, die ihre Pflicht bis zum Äußersten erfüllt haben, kann keineswegs als ermunternd für diese angesehen werden.

In den letzten Tagen wurde das Schicksal der Mutter des im Juli 1951 bei einem Dienstgange ermordeten Gendarmen Franz Gaßner bekannt. Die nunmehr dreiundsechzigjährige Frau lebte bis zum Tode ihres S<sup>h</sup>nes hauptsächlich von dessen regelmäßiger Unterstützung, wobei er ja auch seiner gesetzlichen Alimentationsverpflichtung nachkam. Da aber in solchen Fällen Elternpensionen nicht vorgesehen sind, blieb die alte Frau nach dem Tode ihres Sohnes völlig mittellos und hilflos zurück. Nur durch eine Sammlung der Arbeitskameraden seiner Dienststelle wurden der Mutter 2.000 S überreicht, um sie im Augenblick vor der ärgsten Not zu bewahren.

Die gefertigten Abgeordneten sind der Ansicht, daß, wenn der Tote nicht zufällig Frau und Kinder hinterläßt, sondern einen Elternteil, in diesem Fall die Mutter, die er fast zur Gänze versorgt hat, der Staat die moralische Verpflichtung hat, für diese zu sorgen. Im besonderen gegenüber jenen Beamten der Exekutive, die ihr Leben im Dienste der Sicherheit der Allgemeinheit lassen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende ..

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

28. Oktober 1952

A n f r a g e:

- Ist der Herr Bundeskanzler bereit, dafür Vorsorge zu treffen,
1. daß öffentlich Bediensteten, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt oder getötet wurden, oder die sich durch Handlungen im Interesse des öffentlichen Wohles ausgezeichnet haben, auch eine würdige und entsprechende materielle Anerkennung zuteil werde?
  2. daß eine materielle Versorgung im Ablebensfalle des Opfers auch auf jene Hinterbliebenen ausgedehnt wird, für die er bis zu seinem Ableben nach dem Gesetz unterhaltspflichtig war?

-.-.-.-.-